

Cannabis Freigabe - ein politischer Irrweg

Im Rahmen eines Rückblicks auf das Jahr 2018 aus medizinischer Sicht sagt Alexander Taube, Chefarzt der Psychosomatik der Max Grundig Klinik: „Mich hat die Diskussion über Cannabis schockiert. Selten wurden in der Rechtsgeschichte Gesetze erlassen, die derart im Widerspruch stehen zu evidenzbasierten Erkenntnissen der medizinischen Forschung.“ Taube bezieht sich dabei auf die Freigabe von Cannabis in mehreren Bundesstaaten der USA und im Oktober 2018 in Kanada. Inzwischen entstehen milliardenschwere Unternehmen mit einem Kerngeschäft rund um Cannabis.

Auch in Deutschland werden seriöse politische Stimmen lauter, die den Verkauf von Cannabis in beschränktem Rahmen erlauben wollen. Der Psychiater und Psychotherapeut Taube warnt: „Dem internationalen Trend zu folgen, wäre für Deutschland ein fataler politischer Irrweg.“

Taube weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf eine aufwändige Studie hin. Das Bundesministerium für Gesundheit hat die sogenannte CaPRis Studie (Cannabis Potenzial und Risiken) in Auftrag gegeben. Diese wurde nach 2 Jahren Arbeit vor gut einem Jahr veröffentlicht. Für diese Untersuchung wurden 2.100 Publikationen aus 5 internationalen Datenbanken zum Thema Cannabinoide, Cannabiskonsum, Cannabis, Arzneimittel und verwandte Themen von Experten analysiert. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter versicherten an Eidesstatt, ihre Motivation sei normative Wissenschaft und keine Verfolgung partikularer Interessen.

Zusammengefasst kommt die Studie zu folgenden Ergebnissen: Auch zu den vermeintlich klassischen Indikationen „chronische Schmerzen“ und „Spastizität bei neurodegenerativen Erkrankung“ (eine krampfartige Erhöhung der Muskelspannung als Ausdruck einer Nervenerkrankung) war keine signifikante(positive) Wirksamkeit von Cannabis erkennbar. Bei psychischen Erkrankungen ist die Datenlage so unzureichend, dass keine verlässlichen Aussagen getroffen werden können. Ein therapeutischer Nutzen von pflanzlichen, synthetischen sowie teilsynthetischen Cannabinoiden wurde nur mit der Indikation „Übelkeit und Erbrechen bzw. Appetit Stimulation“ bei Menschen unter chemotherapeutischer Behandlung von Krebserkrankungen und HIV/AIDS nachgewiesen. Längst hinlänglich bekannt sind die – zum Glück überwiegend reversiblen – unerwünschten Wirkungen von Cannabinoiden. Katastrophal hingegen sind die gefürchteten Nebenwirkungen einer durch Cannabis Konsum ausgelösten Schizophrenie. Alexander Taube von der Max Grundig Klinik sagt: „Vor dem Hintergrund dieser Fakten ist jede Form einer Legalisierung Unfug und zum Schaden von Menschen.“

Auch die Erfahrungen in langer praktischer Tätigkeit widersprechen der Lockerung der Gesetze. Alexander Taube erinnert an die Behandlung eines jungen, viel versprechenden und umfänglich begabten Mannes, der durch Cannabiskonsum schizophren wurde. Eine Remission gelang nicht. Statt der geplanten akademischen Karriere wurde der Patient ein Behandlungsfall für den sozialpsychiatrischen Dienst – für den Rest seines Lebens. Und das ist kein Einzelfall.

Alarmierend sei die Tatsache, so Taube, dass nach der Veröffentlichung der CAPRis Studie des Bundesgesundheitsministerium der Deutschen Bundestag seinen einstimmigen Beschluss zu „Cannabis als Medizin vom 19.1.2017“ nicht zurückgezogen und damit einer nachweislich nicht wirksamen Behandlungsform grünes Licht gegeben hat.

Fazit: Es gibt nach wissenschaftlichem Kenntnisstand keine Erkrankung, auf die Cannabinoide irgendeinen positiven Effekt haben, hingegen ist der schädliche Aspekt gut dokumentiert: Rund 10 Prozent der Menschen, die jemals in ihrem Leben in welcher Form auch immer Cannabis konsumiert haben, entwickeln cannabisbezogene Störungen. In Europa ist die Zahl der Personen, die erstmals eine Suchtbehandlung wegen cannabisassoziierter Probleme beginnen, von 43.000 im Jahr 2006 auf 76.000 im Jahr 2015 angestiegen. Chronisch erhöht ist auch das Risiko für respiratorische Erkrankungen. Cannabiskonsum erhöht das Verkehrsunfallrisiko bis zu einem Faktor von 2,6. Früher Cannabiskonsum ist mit geringeren Bildungserfolgen assoziiert, mit affektiven Störungen, psychotischen Störungen und

Angststörungen. Die Suizidalität erhöht sich um Faktoren zwischen 1,5 und 3.

Alexander Taube abschließend: „Es ist verständlich, dass politische und gesellschaftliche Debatten emotional geführt werden. Im Bereich der Medizin wurden in den letzten 30 Jahren jedoch erhebliche Aufwendungen betrieben, um Verfahren und Behandlungen auf wissenschaftliche Evidenz zu gründen. Für die Cannabis Diskussion bedeutet dies, dass mit einer Freigabe sehenden Auges die Ebene der evidenzbasierten Medizin von höchster Stelle verlassen werden würde.“

Weitere Informationen unter www.max-grundig-klinik.de

Kontakt:

Andreas Spaetgens
Geschäftsführer
Max Grundig Klinik GmbH
Schwarzwaldhochstraße 1
D-77815 Bühl
Telefon: +49 7226 54-520
Telefax: +49 7226 54-529
spaetgens@max-grundig-klinik.de

Medienkontakt:

Dr. Klaus Westermeier Medienbüro
Römerstraße 4
80801 München
0172-8433232
info@kwestermeier.de